

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
19. Sitzung

24.09.1986
rp-mk

Abg. Pfänder (SPD) stellt zu dem Bericht des Ministers fest, daß der Minister am 17. September nur eine Vorab-Information ohne konkrete Einzelheiten und ohne die Möglichkeit, den Ausschuß am 18. September zu informieren, bekommen habe. Eine weitergehende Information sei erst am 19. September durch die Veröffentlichungen der Neuen Heimat bzw. des Herrn Schiesser erfolgt.

Er bittet sodann den Minister um Bestätigung, daß sich durch das äußere Ereignis vom 19. September die Situation zwar grundsätzlich verändert habe, nicht aber die Zielsetzung der Landesregierung, neben der Sicherung des Landeswohnungsbauvermögens die Sozialbindungen der Wohnungen zu erhalten und damit die Mieter zu schützen, und daß die Presseerklärung des Bundesbauministers, wonach die Mieter zunächst einmal nicht unmittelbar gefährdet seien, so nicht richtig, wenn auch nicht falsch sei. Denn die Mieter seien zum Teil sogar akut gefährdet. Selbst der Bundesbauminister vermute ja nach den bisherigen Informationen, daß 50 000 Wohnungen akut gefährdet seien.

Der Sprecher bittet ferner um eine Äußerung des Ministers zu dem vom Sprecher der CDU-Fraktion angestellten Vergleich zwischen der im Auftrag der Landesentwicklungsgesellschaft vorgenommenen Wertermittlung für die Wohnungen der Neuen Heimat in Nordrhein-Westfalen und den im Fall Schiesser bekannt gewordenen Zahlen: angeblich 50 Millionen DM für 190 000 Wohnungen.

Abg. Hunger (SPD) bemerkt, nach einer dpa-Meldung sei der Verdacht geäußert worden, daß, was die Abwicklung der Problematik der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen betreffe, betrügerische Vorgänge nicht ausgeschlossen werden könnten, weshalb in diesen Komplex die Staatsanwaltschaft eingeschaltet werden müßte. Seine Frage sei, ob der Minister diese Einschätzung von Vorgängen zumindest annähernd nachvollziehen könne und ob es entsprechende Aktivitäten der Staatsanwaltschaft gebe, die dem Ausschuß bisher unbekannt seien.

Minister Dr. Zöpel antwortet, entsprechende Ermittlungen seien ihm und dem zuständigen Abteilungsleiter nicht bekannt. - Ministerialdirigent Dr. Bussfeld (Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr) ergänzt, er habe die Frage so verstanden, ob im Zusammenhang mit den Bemühungen der Landesregierung, die Wohnungen der Neuen Heimat an gemeinnützige Erwerber zu überleiten, staatsanwaltschaftliche Ermittlungen stattgefunden hätten. Das sei zu Recht verneint worden. Es sei aber allgemein bekannt, daß sich im Zusammenhang mit der Entscheidung der Oberfinanzdirektion Düsseldorf die Staatsanwaltschaft gehalten gefühlt habe, Ermittlungen aufzunehmen. Über Inhalt und Ergebnisse sei das Ministerium nicht informiert.